



## Presseschau vom 21.06.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Vormittags:

Lug-info.com: Die LVR zahlt keine Steuern in das Budget der Ukraine, Zahlungen führen Eigentümer einer Unternehmen durch, die auf dem Territorium der Republik arbeiten, erklärte der Finanzminister der LVR Jewgenij Manujlow in einem Interview.

„Es ist so, dass Eigentümer großer Wirtschaftssubjekte, solcher wie zum Beispiel Kohlevereinigungen oder das Altschewsker metallurgische Kombinat, weiterhin Steuern an die ukrainische Seite zahlen“, sagte er.

„Es ist nötig zu verstehen, dass in das ukrainische Budget nicht die Republik zahlt, sondern die Eigentümer dieser Wirtschaftssubjekte, wie das Altschewsker metallurgische Kombinat“, unterstrich der Finanzminister.

„Sie zahlen den Arbeitern ihrer Unternehmen Löhne und tragen ihren Teil der sozialen Verantwortung“, sagte Manujlow.

„Dies ist das Hauptproblem mit dem Status als „nicht anerkannte Republik“. Sobald wir erst offiziell und vollwertig mit Exportpositionen arbeiten können, Waren über Zollbarrieren hinweg verkaufen können, dann wird dieses Problem gelöst werden“, erklärte der Minister.

Die Regierung der LVR plant nicht, Unternehmen des Kohlesektors zu nationalisieren.

„Zur Zeit stellt das Republikoberhaupt allen Ministerien, darunter auch dem staatlichen Komitee für Steuern und Abgaben, die Aufgabe, die Arbeit mit den Kohleunternehmen zu beginnen. Igor Plotnizkij hat deutlich gesagt: entweder beginnen diese Unternehmen mit dem vorherigen Besitzer mit der LVR zu arbeiten und Steuern an die LVR zu zahlen, unter unseren rechtlichen Bedingungen, oder wir erklären, dass diese Unternehmen besitzerlos sind und nehmen sie unter staatliche Leitung“, sagte Manujlow.

„Aber wir sagen nicht, dass wir sie nationalisieren. Wir geben sie anderen Personen in Konzession, die diese Unternehmen betreiben und beginnen Steuern zu zahlen“, unterstrich der Finanzminister der Republik.

„Zurzeit sagen sowohl das Republikoberhaupt als auch die Steuerpolitiker, dass alle Unternehmen und Aktiengesellschaften im Verlauf einer bestimmten Zeit sich endgültig festlegen müssen. Die Besitzer müssen die Entscheidung treffen; alle Unternehmen müssen beginnen im Rechtssystem unserer Republik zu arbeiten“, sagte der Leiter des Finanzministeriums.

„Im anderen Fall werden wir gezwungen sein, eine vorläufige Verwaltung in diesen Wirtschaftssubjekten einzuführen und ihre Arbeit zum Nutzen der LVR betreiben“, unterstrich er.

De.sputniknews.com: Die ukrainische Armee hat von Großbritannien 55 Schützenpanzerwagen des Typs Saxon bekommen, wie Präsidentenberater Juri Birjukow via Facebook mitteilte.

Wie er hinzufügte, werden die Fahrzeuge anschließend für spezielle Aufgaben umgebaut – als Medizinwagen und als Kommando-Fahrzeuge.

Nach seinen Angaben kostet ein Saxon-Schützenpanzerwagen rund 51.000 Pfund.

Birjukow räumte ein, dass es mit den Fahrzeugen bestimmte Probleme gibt. „Ich würde nicht behaupten, dass mit ihnen alles ok ist. Ich habe Fachleuten aus unserem Verteidigungsindustriessort ein Dutzend Fragen gestellt und warte nun auf ihre Antworten.“ Zuvor war im Internet ein Video von Saxon-Tests veröffentlicht worden. Auf dem Video war zu sehen, wie ein Saxon nicht einmal eine kleine Erhebung zu schaffen vermochte.

Vor einigen Monaten hatte Lord Richard Dannatt, Ex-Chef der Landstreitkräfte Großbritanniens, den Beschluss Londons, mehrere Dutzend gebrauchte Schützenpanzerwagen des Typs Saxon an die ukrainischen Behörden zu liefern, als „unmoralisch“ bewertet.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30208/14/302081440.jpg>

Dan-news.info: Ein Mensch starb und ein weiterer wurde durch den Beschuss des Petrowskij-Bezirks von Donezk durch die ukrainischen Truppen verletzt, teilte die Stadtverwaltung der Hauptstadt mit.

„Am 20. Juni gegen 23:00 starb als Folge des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte ein Mann im Petrowskij-Bezirk, eine Frau wurde verletzt.“

Ein Haus auf der Tschernogorskaja-Straße wurde beschädigt.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt, teilte eine offizielle Quelle im Verteidigungsministerium der LVR mit.

Beschossen wurde Rajewka mit Granatwerfern des Kaliber 82mm (6 Geschosse) und weiteren Schusswaffen. Es wurde eine Elektronterstation getroffen.

Weiter wurde eine Checkpoint im Bezirk von Staniza Luganskaja beschossen.

Dnr-online.ru: Auf der am 20. Juni eröffneten Ausstellung von Erzeugnissen aus der DVR und LVR berichtete der Leiter der Abteilung strategische Produktionsentwicklung in der Administration des Oberhauptes der DVR Jewegenij Lawrenow über die Arbeit der Maschinenbauunternehmen auf dem Territorium der DVR.

„Trotz der ökonomischen Blockade sind in unserer Region Menschen geblieben, die bereit sind ihre Tätigkeit weiterzuführen. Ich möchte das „Jenakiewer metallurgische Werk“ erwähnen, das Hilfe beim Wiederaufbau der Eisenbahn leistet. Eine Reihe Maschinenbauunternehmen arbeiten auch weiter und helfen der Republik auch in den schwersten Zeiten“, sagte Jewgenij Lawrenow.

Rusvesna.su: Eine Straßenbrücke über den Fluss Lugan im Dorf Troizkaya, Bezirk Popasniansky in der LVR wurde gesprengt, berichtet der Pressedienst des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der Ukraine. Nach seinen Angaben gab es bei der Explosion, die sich gestern ereignete, keine Opfer.

"Die Polizisten untersuchen alle Umstände des Geschehenen. Eine Voruntersuchung nach dem Strafgesetzbuch der Ukraine aufgrund einer "terroristische Handlung" wurde eingeleitet“, hieß es aus dem Ministerium für Innere Angelegenheiten.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/most.png?itok=9eHQBopa](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/most.png?itok=9eHQBopa)

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen habe ein weiteres Mal Diversion auf dem von ihnen kontrollierten Territorium durchgeführt und zivile Objekte gesprengt und beschuldigen dessen die Volksmiliz der LVR, teilte heute eine offizielle Quelle in der Volksmiliz mit.

„Die Erklärung Schkirjaks über die Sprengung einer Brücke im Popacnenskij-Bezirk bestätigt die uns vorliegende Information über den Beginn der Realisierung eines Plans zur Durchführung von Diversion an zivilen Objekten durch die ukrainische Seite mit dem Ziel die

Volksmiliz dessen zu beschuldigen“, sagte er.

„Dafür, dass dies eine tatsächlich geplante Diversion war, spricht insbesondere, dass die Brücke, nach den Worten Schkirjaks selbst, nur unbedeutend beschädigt wurde, aber die ukrainischen Massenmedien haben wie auf Kommando sofort Informationen darüber über all ihre Kanäle herausgegeben“, erklärte man in der Volksmiliz.

Der Berater des Innenministers der Ukraine Soran Schkirjak hatte gestern auf seiner Facebook-Seite eine Mitteilung veröffentlicht, dass angeblich am Samstag, 20. Juni um 16:00 „russische Diversanten“ zwei Abschnitte einer Autobrücke zwischen Popasnaja und Troizkoje gesprengt haben. Dabei teilte er auch mit, dass in der Folge der Explosion niemand verletzt wurde und die Verbindungen zwischen den Ortschaften nicht unterbrochen wurde.

Schkirjak kam dann mit seinen Hirngespinnsten durcheinander und nannte im letzten Teil des kurzen Textes die Explosion die Folge einer „Diversion der Kämpfer der LVR“.

Dan-news.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der DVR in der Kontaktgruppe, des stellvertretenden Sprechers des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin gegenüber der Presse (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Der Tod eines friedlichen Einwohner in der letzten Nacht aufgrund des Beschusses der ukrainischen Streitkräfte ist eine weiterer „abscheulicher Bruch“ des Regimes der Feueinstellung durch Kiew.

„Leider ist dies die nächste abscheuliche Verletzung des Minsker Prozesses. Dies sind die Dinge, die auf dem Weg der Intensivierung des Verhandlungsprozesses nicht zugelassen werden dürfen“, sagte er.

Nach seinen Worten muss die Kontaktgruppe das Tempo der Arbeit zur politischen Regelung vergrößern. „Wir müssen die Zeit zwischen der Aufnahme einer Frage in die Tagesordnung und ihrer Lösung verringern. Ohne politische Entscheidungen werden wir keinen vollwertigen Frieden erreichen können. So wird man uns weiter beschießen“, endete der Politiker.

Die Entscheidung Kiews das ukrainische Strafbataillon „Tornado“ umzuformen wurde in Zusammenhang damit gefasst, dass es nicht mehr gelingt, die Wahrheit über die Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte zu verstecken.

„Dies ist ein Versuch aus einer unangenehmen Situation herauszukommen. Denken Sie, dass sie nicht wussten, was die Strafbataillone tun? Doch, sie wusste es natürlich. Es kommt die Zeit, wo es nicht mehr gelingt darüber zu schweigen, die Wahrheit gelangt durch alle Spalten“.

Nach den Worten Puschilins sind „absolut alle Strafbataillone an der gesamten Kontaktlinie“ solche wie das Bataillon „Tornado“. „Die Verbrechen sind weitaus größer als von Tornado veröffentlicht und vorgebracht. Und die Wahrheit wird erschreckend sein, wenn sie ans Licht kommt.“

Wir erinnern daran, dass das Innenministerium und die Generalstaatsanwaltschaft am 17. Juni sieben Personen aus dem Bataillon „Tornado“ zusammen mit dem Kommandeur einer Kompanie des Wachdienstes des Bataillons Ruslan Onischtschenko festgenommen hat, die des Raubs, der Folter, der Morde und der Vergewaltigung im Donbass beschuldigt werden. Am nächsten Tag kündigte der Innenminister Arsen Awakow eine Umstrukturierung des Bataillons an. Danach verschanzten sich die Kämpfer auf ihrer Basis und erklärten, dass sie das Feuer auf die Mitarbeiter des Innenministeriums eröffnen werden, wenn versucht wird sie zu entwaffnen.

Die Erklärung der Regierung der Ukraine über die Verschärfung der Transportblockade des Donbass ist eine neue Taktik Kiews, um den Friedensprozess in der Region zum Scheitern zu bringen.

„Dies sind weitere Versuche die Verhandlungen zu sprengen, uns weiter zu provozieren. Ihre Handlungen widersprechen den Worten, Erklärungen, dass die Regelungen vereinfacht werden sollen“, sagte er.

## Nachmittags:

De.sputniknews.com: Die Ukraine hat die Regeln zur Überquerung der Grenze zwischen den von Kiew kontrollierten und den abtrünnigen Gebieten verschärft, wie die „Gazeta.ru“ am Sonntag schreibt.

Laut der vom ukrainischen Sicherheitsdienst eingeführten neuen Ordnung für die Überquerung der Berührungslinie dürfen alle Güter für die „okkupierten Rayons der Gebiete Donezk und Lugansk nur per Bahn“ transportiert werden.

Eine Ausnahme gilt für Lebensmittel und Medikamente, die als humanitäre Hilfsgüter von Einheimischen in ihren Taschen mitgeführt werden dürfen. Kiew hat damit faktisch eine Wirtschaftsblockade gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) verhängt. Laut dem Chef eines Verkehrsunternehmens durften bis dahin Güter mit Genehmigung des staatlichen Fiskaldienstes in den Donbass gebracht werden. „Die Kriterien, nach denen Genehmigungen erteilt wurden, waren recht verschwommen. Aus diesem Grund konnte nur die Hälfte der betreffenden Unternehmen ihre Güter ordnungsgemäß abfertigen lassen“, sagte der Gesprächspartner der Zeitung. Ihm zufolge haben die übrigen Verkehrsunternehmen illegale Wege genutzt.

Das Einfuhrverbot für Lebensmittel und Medikamente hat laut dem ukrainischen Politologen Olexander Palij einen politischen Charakter. Die ukrainischen Behörden wollten nicht, dass die Produzenten Steuern und sonstige Abgaben in den nicht anerkannten Republiken zahlen, so Palij.

Ein weiteres Ziel der Restriktionsmaßnahmen bestehe darin, Unzufriedenheit der Donbass-Bewohner auszulösen, die die Führung der selbsterklärten Republiken für die Verschlechterung ihres Lebensniveaus verantwortlich machen könnten, schreibt die Zeitung.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30287/15/302871525.jpg>

Dan-news.info: „Die Intensität der Beschüsse durch die ukrainische Seite betrug in den letzten 24 Stunden 38 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Nach Angaben des Ministeriums wurden auf das Territorium der Republik 75 Artilleriegeschosse, 148 Granatgeschosse des Kalibers 82 und 120mm abgeschossen. Außerdem wurden weitere Schusswaffen verwendet.

Beschossen wurden Donezk (Petrowskij- und Kujbyschewskij-Bezirk, der Flughafen), Jasinowataja, Spartak, Schirokino, Krasnoarmejskoje, Pawlopol, Staromichajlowka, Pantelejmonowka und Sajtschenko.

Dan-news.info/Dnr-online.ru: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin gegenüber der Presse (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) „Die Aufklärung der Milizen der DVR stellt weiterhin Verlagerungen von Militärtechnik und Personal der ukrainischen Streitkräfte fest. So wurden am südöstlichen Rand von Nowotroizkoje (Bezirk Wolnowacha, in der Nähe von Dokutschajewsk) die Stationierung von zwei Grad-Systemen festgestellt.“

„Die Beobachtermission der OSZE hat in ihrem Bericht festgestellt, dass schwere Waffen der ukrainischen Streitkräfte, die gemäß den Minsker Vereinbarungen abgezogen wurden, nicht mehr an ihren Lagerorten sind, es sind: eine Haubitze 2S3 „Akazija“, 8 Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ und 5 Grad-Systeme. Die Daten stammen aus dem Bericht der OSZE vom 19. Juni 2015“, sagte Basurin.

Der Petrowskij-Bezirk von Donezk wurde in den letzten 24 Stunden am massivsten von den ukrainischen Truppen beschossen, ein Mensch starb.

„Unter der Zivilbevölkerung wurde ein Mensch getötet, zwei verletzt. Am stärksten wurde in der Nacht der Petrowskij-Bezirk beschossen, es wurden mindestens sechs Geschosse abgefeuert.“

Nach den Worten Basurins starb der Mann im Petrowskij-Bezirk, seine Frau wurde verwundet und befindet sich im Krankenhaus.

De.sputniknews.com: Litauen wird seine Waffenlieferungen an die Ukraine fortsetzen, wie der litauische Botschafter in Kiew, Marius Janukonis, in einem Interview für den ukrainischen Fernsehsender „Kanal 5“ sagte.

Vilnius hatte schon vor mehreren Monaten damit begonnen, Kiew mit Waffen zu versorgen. „Es gibt einen politischen Willen dazu, den die litauische Führungsspitze an die Öffentlichkeit gebracht hat. Einige Schritte sind bereits getan worden, wir werden auch künftig solche Schritte tun, darunter in Bezug auf die Waffenlieferungen an die Ukraine“, so Janukonis.

„Wir wollen vor anderen Ländern das Prinzip anschaulich machen, laut dem der Ukraine mit allen Mitteln, darunter militärischen, geholfen werden muss. Ich sehe keinen Grund für eine Abkehr von dieser Politik“, ergänzte der litauische Diplomat.

Dan-news.info: Einen Treue-Eid gegenüber der DVR haben heute in der Hauptstadt etwa 3000 Menschen abgelegt. Die festliche Zeremonie besuchten der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin, Vertreter der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“, Sportler, Freiwillige Gäste und Einwohner der Hauptstadt. Die Veranstaltung war dem Jahrestag des ersten feierlichen Eids der Kämpfer der Milizen gewidmet. Heute schworen im Gedenken an dieses Ereignisse Bürger, „das Vaterland gegen Angriffe von Feinden zu verteidigen, die Gesetze streng zu befolgen und den Frieden zu unterstützen, der Heldentaten der Kämpfer zu gedenken, die ihr Leben für die Heimat Erde gegeben haben und dem Donbass treu zu sein“.

Unter den Teilnehmern der Aktion waren viele Kinder und Jugendliche, die Kinder hielten Luftballons mit den Farben der DVR.

„Wissen Sie, wenn wir eine sportliche und gesunde Jugend haben, wenn unsere jungen Leute wissen werden, wer für uns Helden sind und wer Faschisten, wenn bei uns eine Militäruniform an Festtagen und zu Ehren unserer Helden getragen wird und wenn wir oft solche Veranstaltungen durchführen und die glücklichen Kindergesichter sehen, dann wird die Republik bestehen“, sagte Puschilin.

Der stellvertretende Sprecher fügte hinzu, dass durch die ständigen Beschüsse des Territoriums der DVR die Verantwortung für das Geschehen nicht von der Regierung genommen wird und sie alle übernommenen Verpflichtungen zum Aufbau eines neuen Staates erfüllen müssen. „Wir müssen die Republik aufbauen, Fest feiern, unsere Jugend aufziehen. Ich bin überzeugt, dass mit einer solchen Jugend die Zukunft der DVR hell sein wird“.

Rusvesna.su: Die Radikalen der Bewegung "Rechter Sektor" verlangten, dass die Kiewer Regierung sich von den Minsker Verhandlungen abkehrt und offensive Angriffsoperationen im Donbass wieder aufnimmt.

"Wir fordern von der Regierung Poroschenko die Absage an die Minsker Vereinbarungen, die Rückkehr zu Angriffsoperationen in den besetzten Gebieten, personelle Veränderungen im Bundesministerium der Verteidigung und der Armee, gerechte Strafen für Staatsverbrecher unter Janukowitsch, reale Schritte zur Bekämpfung der Korruption und eine Änderung der Ausrichtung des oligarchischen Staates in einen nationalen", hieß es aus der Bewegung "Rechter Sektor."

Außerdem beabsichtigen die Militanten, am 3. Juli einen Marsch auf das Regierungsviertel durchzuführen.

Lug-info.com: Mehr als 70% der Einwohner Mariupols vertrauen weder den Behörden, noch den Streitkräften oder fürchten diese. Davon zeugen die Ergebnisse einer Umfrage, die die Bürgerorganisation „Tschestno“ durchgeführt hat.

Ein negatives Verhältnis zu allen Machtorganen drückten 25% der Befragten aus, für eine vollständige Überprüfung aller Mitarbeiter der Organe des Innenministeriums und der Staatsanwaltschaft traten 99% der Befragten ein und mehr als 50% wollten keine Antwort geben.

Aus der Zahl derer, die sich entschieden auf die Fragen zu antworten, ist das Vertrauen zu den Streitkräften der Ukraine 10%, 6% der Bürger unterstützen die Tätigkeit des Sicherheitsdienstes der Ukraine, die Nationalgarde und das Innenministerium nur 5% bzw. 3%. Absolut gar nicht vertrauen die Einwohner von Mariupol der Effektivität der Staatsanwaltschaft und der Gerichte – nur 1% der Befragten drückten ihr Vertrauen in diese aus.

Gemäß den Ergebnissen der Umfrage von „Tschestno“ gibt die Mehrheit der Einwohner Mariupols eine erhebliche Verschlechterung der Lebensbedingungen, eine ökonomische Rezession und einen krisenhaften Zustand der kleinen und mittleren Betriebe an. Der moralische Zustand der Bürger wird als „äußerst niedergedrückt“ angegeben.

Während des ganzen letzten Jahres wurde staatliches Eigentum aktiv verteilt, Produktionsmittel weggebracht, Personal mit großer Arbeitserfahrung entlassen, das tatsächlich in der Lage wäre, die Leitung der ihm anvertrauten Gebiete durchzuführen. Nach den Worten der Einwohner der Stadt „kamen dümmere und gefügigere, solche, die einverstanden sind, die nichtlegitimen Befehle einer nichtlegitimen Regierung auszuführen, die einverstanden sind, sich am Raub der Güter ihres Staates zu beteiligen“ anstelle der professionellen Mitarbeiter.

Wie in der gesamten Ukraine ist der Lebensstandard in Mariupol gefallen, es werden Betriebe geschlossen, die Inflation verschlingt alle Ersparnisse und die Hoffnung auf eine stabile Zukunft der Kinder.

Gemäß den Schlussfolgerungen der Spezialisten von „Tschestno“ ist der Abfluss von intellektuellen Ressourcen aus der Hafenstadt nah an seinem Höhepunkt, die Jugend will nach Russland zur Anwendung ihrer Kenntnisse und zum Erreichen ihrer Ziele gehen. Das Beispiel der Flüchtlinge, die 2014 die Ukraine verlassen haben, regt viele junge Spezialisten an.

Wie das örtliche Internet-Portal mariupol-express.com.ua bestätigt, ist die Zahl der

Absolventen von Mittelschulen 2015 auf ein Siebtel gesunken, ein Andrang auf die örtlichen Hochschulen fehlt praktisch ganz. Die jungen Leute fürchten die Mobilisierung und sehen keine Entwicklungsmöglichkeiten für ihre Begabungen und wollen nicht in der durch die ukrainischen Truppen besetzten Stadt bleiben.

Die Mehrheit der an der Umfrage Beteiligten bewertet das Beispiel der DVR und der LVR, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben, positiv. Die Befragten äußerten den Wunsch mit Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der Regierung der Ukraine auf dem Weg der Durchführung eines Referendums zu erhalten und hoffen auf Änderungen in der Verfassung der Ukraine.

Rusvesna.su: Die Bestimmungen der so genannten Dekommunisierung der Ukraine können zu ernsthaften Problemen bei der U-Bahn führen.

Davor warnte die Direktorin der Hauptabteilung für Presse und Kommunikation der Stadtadministration Kiew Marina Honda.

Derzeit sammelt die Hauptstadtverwaltung Informationen über die Objekte, die unter die Rechtsvorschriften fallen, aber es ist eine extrem große Menge an Arbeit.

"Das Gesetz verlangt nicht nur die Umbenennung von Straßen, sondern eine Menge mehr.

Eine sehr komplizierte Situation gibt es mit der U-Bahn, da dies ein höchst gefährdetes Objekt ist. Viele Dekor-Elemente, die mit dem kommunistischen Erbe verbunden sind, haben auch technische Funktionen", wird sie von "RIA Novosti Ukraine" zitiert.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/dekommunizacia\\_ukraina\\_vokzal\\_naya\\_metro\\_03.jpg?itok=erwhUs8W](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/dekommunizacia_ukraina_vokzal_naya_metro_03.jpg?itok=erwhUs8W)

**Abends:**

De.sputniknews.com: Das Mandat der OSZE-Mission in der Ukraine ist zwar hinreichend, aber die Berichte der Mission haben bisher keine Änderungen bewirkt, wie der Vorsitzende des Volksrates der selbsterklärten Donezker Volksrepublik (DVR), Andrej Purgin, zu Journalisten sagte.



Laut Purgin wird eine Erweiterung des OSZE-Mandats keine Änderung bringen. Der Volksratschef merkte auch an, dass das Beobachtermandat es der OSZE ermöglicht, Informationen zu nutzen.

Nach Angaben Purgins sind jetzt etwa 600 Beobachter der OSZE in der DVR eingesetzt. „Das ist sehr viel für ein so kleines Territorium. Und es gibt ausreichend Berichte, die jedoch ohne Wirkung bleiben“, so der Volksratschef.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30287/40/302874068.jpg>